

**FRANK JUNGBLUTH**

Pressesprecher

ANSCHRIFT Hannah-Arendt-Platz 1  
30159 Hannover

TELEFON 0511/3030-4011/13

FAX 0511/3030-4808

E-MAIL [spdpreise@Lt.niedersachsen.de](mailto:spdpreise@Lt.niedersachsen.de)

INTERNET [www.spd-fraktion-niedersachsen.de](http://www.spd-fraktion-niedersachsen.de)  
[www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen](https://www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen)  
[www.twitter.com/SPD\\_FraktionNDS](https://www.twitter.com/SPD_FraktionNDS)

20.05.2016

Pressemitteilung Nr. 17/792

## **Tonne: Verfassungsklage der Opposition unnötig – Ausweitung des PUA war mit CDU/FDP abgestimmt**

Für SPD-Obmann Grant Hendrik Tonne ist die Verfassungsklage, die CDU/FDP beim Verfassungsgerichtshof einreichen, ein unnötiger Vorgang: „Es waren die Obleute von CDU und FDP, die im Vorfeld der Einsetzung des 23. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) ursprünglich einer Ausweitung des Untersuchungszeitraumes auf den Beginn des Bürgerkrieges in Syrien zugestimmt haben“, betont Tonne für die SPD-Landtagsfraktion.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD macht deutlich: „Unserer Überzeugung nach werden die Minderheitenrechte der Opposition in keiner Weise eingeschränkt. Der Untersuchungsauftrag ist exakt der, mit dem die Opposition in die Diskussion gegangen ist. Es kommt auch zu keiner zeitlichen Verzögerung bei der Arbeit des PUA.“

Für die Rot-Grüne Regierungskoalition bleibe entscheidend, im Untersuchungsausschuss Sacharbeit und Aufklärung zu betreiben, um in

der Zukunft der Bedrohung durch radikalen Salafismus und Islamismus in Niedersachsen bestmöglich begegnen zu können.

„Die Zahl der Ausreisen von Islamisten aus unserem Land ist nachweislich mit Beginn des Syrienkrieges im Frühjahr 2011 angestiegen. Die Opposition will das nicht thematisieren, weil es in ihre Regierungszeit fällt. Bei diesen Untersuchungen geht es aber nicht darum, wer wann regiert hat, sondern vielmehr darum, wie wir Gefahren schnell erkennen und radikale Strömungen effizient bekämpfen können“, betont SPD-Obmann Grant Hendrik Tonne.

Mit der Klage werde erneut deutlich, dass es CDU und FDP bedauerlicherweise nicht um Sachaufklärung, sondern um politische Spiele gehe. Tonne: „Auf diesem Weg wird der PUA leider eine Showveranstaltung. SPD und Grüne bleiben bei ihrer Linie. Wir wollen Aufklärung und keine Anschuldigungen.“